



Die Initiative „Klimawende“ verrät Bürgerbegehren und tritt demokratische Entscheidungsprozesse mit Füßen.

Das sogenannte Mediationsergebnis der Initiative Klimawende reicht nicht aus, um das 1,5 Grad Ziel einzuhalten. Es ist inhaltlich völlig inakzeptabel. Die Rheinenergie sagt lediglich zu, dass bis 2035 alle Kunden mit 100 % erneuerbarem Strom beliefert werden, wenn bis dahin deutliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene eingetreten sind. Und wenn nicht?

Die Forderung des Bürgerbegehrens war klar:

Die Rheinenergie verkauft ab 2030 nur noch 100 Prozent Ökostrom und die Stadt Köln tut alles in ihrer Macht stehende, diesen Prozess zu unterstützen und durchzusetzen.

Das jetzige Mediationsergebnis akzeptiert aber, was bei der Rheinenergie unter profitwirtschaftlichen Gesichtspunkten bis 2035 machbar wäre. Die Rheinenergie hat sich also voll durchgesetzt.

Und: Die wenigen Menschen der Klimawende, die letztendlich das Mediationsergebnis zu verantworten haben, haben systematisch andere Aktivist*innen, die an dem Bürgerbegehren festhalten wollten, von den Entscheidungsprozessen ausgegrenzt. Anstatt die Entscheidung von möglichst vielen Aktiven treffen zu lassen (das wäre einem Bürgerbegehren angemessen), wurden – strategisch geschickt – immer weniger Menschen einbezogen und so diejenigen ausgegrenzt, die den zusehends aufwändigeren Prozess nicht mitgehen konnten. Es wurde geheim verhandelt und das Mediationsergebnis schließlich ohne Rückkoppelung und ohne öffentliche Diskussion angenommen.

Mehr als 30.000 Menschen haben das Bürgerbegehren unterschrieben! Es hieß: Eure Stimme zählt. Von wegen! Wer wird denn unter diesen Umständen in Zukunft noch ein Bürgerbegehren unterschreiben? Dieses Instrument der direkten Demokratie wurde verantwortungslos verheizt!

Also: Das Ganze ist inhaltlich und vom demokratischen Gesichtspunkt ein **DESASTER!**

Mehr erfahrt ihr in der Stellungnahme von Anna Prieß und Christoph Schulenkorf, die aktiv bei dem Bürgerbegehren beteiligt waren. Ihrer Stellungnahme schließt sich Attac Köln an.